

Das Realismusproblem von Gesellschaftskritik in der Mediengesellschaft. Am Beispiel der Studierendenbewegung *Unibrennt*

Momentum Kongress 2010, Track #8: Hegemonie in der Mediengesellschaft

Sebastian Sevignani* und Marisol Sandoval**

* *Unified Theory of Information Research Group (UTI)*,
sevignani@t-online.de; <http://www.uti.at/sevignani.html>

** *Unified Theory of Information Research Group (UTI)*,
marisol.sandoval@sbg.ac.at; <http://www.uti.at/sandoval.html>

Einleitung

Fünf Kernforderungen erhob die Studierendenbewegung *Unibrennt* im September 2009: Die Studierenden sollten ganzheitlich gebildet, statt nur für den Arbeitsmarkt ausgebildet werden, die in ihrem Umfang zunehmende Prekarität der Dienstverhältnisse an den Hochschulen sollte beendet werden, ein freier Hochschulzugang ohne jegliche Zugangsbeschränkungen sollte durchgesetzt werden, die (Re-)Demokratisierung der Hochschulen und ihrer Gremien wurde als Ziel propagiert, schließlich sollten die Hochschulen hinsichtlich der gesellschaftlichen Bedürfnisse ausfinanziert werden. Diese Forderungen lassen sich nur teils als explizite Gesellschaftskritik verstehen, jedoch ist es möglich diese gesellschaftskritisch zu interpretieren, indem die von Studierenden aufgeworfenen Probleme in einen gesamtgesellschaftlichen Rahmen gestellt und Ähnlichkeiten und Wechselbeziehungen zu anderen gesellschaftlichen Problemfeldern und artikuliertem Protest verdeutlicht werden. In diesem Sinn ging in die diversen Forderungskataloge von *Unibrennt* eine gesellschaftskritische Perspektive mit ein. So etwa im Grundsatzpapier der Salzburger Bewegung, dort heißt es: „Unsere Forderungen präzisieren und konkretisieren unsere Grundsätze, wie andererseits unsere Grundsätze die Stoßrichtung unserer Forderungen vorgeben. Unsere Bewegung erhält sich bewusst die Phantasie, dass eine Gesellschaft ohne Herrschaft möglich ist. Herrschaft wird heute strukturell ausgeübt und gleichzeitig durch Akteur_Innen reproduziert. Wir identifizieren Herrschaft in unserer Gesellschaft entlang drei Hauptdimensionen: Sie wird aktuell vor allem durch Klassen-, Rassen- und Geschlechterunterschiede etabliert. Auf dem Weg zu einer dem Menschen angemessenen Gesellschaft wird es darauf ankommen, sowohl die Strukturen der Herrschaft zu durchbrechen, als auch, dass jede/r Einzelne in Solidarität mit den Anderen darüber nachdenkt, was sie/ihn beherrscht und dementsprechend handelt!“ (Unibrennt Salzburg 2009)

Ziel dieses Beitrags ist es, die Kommunikationsstrategien von sozialen Bewegungen in Bezug auf ihren gesellschaftskritischen Gehalt anhand des Beispiels der *Unibrennt* Studierendenprotestbewegung zu analysieren. Während die theoretische Analyse dabei vorwiegend auf die Theorie alternativer Medien, die Kritische Theorie und eine kritische politische Ökonomie der Medien zurückgreift, basiert die Auseinandersetzung mit dem Fallbeispiel *Unibrennt* vornehmlich auf der Erfahrung beider Autor_innen innerhalb der Salzburger *Unibrennt* Bewegung. Zur Auseinandersetzung mit den Kommunikationsstrategien gesellschaftskritischer Bewegungen wird in diesem Beitrag zunächst über die generelle Bedeutung und Relevanz von Medienberichterstattung und öffentlicher Meinung für Protestbewegungen reflektiert (1). In einem nächsten Schritt wird zwischen Selbstkommunikation durch eigene Medien (alternative (online-)Medien) und Fremdberichterstattung durch etablierte Medien unterschieden.

Dabei gilt es einerseits beide Kommunikationswege hinsichtlich ihres Potentials zur Ermöglichung von Gesellschaftskritik und zur Förderung gesellschaftlicher Veränderungen zu analysieren, und andererseits dessen Realisierungschancen unter den Bedingungen einer kapitalistischen Gesellschaft abzuwägen (2). Darauf aufbauend wird der Blick auf nicht medienspezifische gesamtgesellschaftliche Prozesse gelenkt. Anhand des Beispiels *Unibrennt* werden wir in diesem Zusammenhang auf ein „Realismusproblem“ hinweisen, welches das Handeln von *Unibrennt* strukturiert und den gesellschaftskritischen Impetus dieser Bewegung tendenziell absorbiert (3). Zusammenfassend wird diese Analyse theoriegeleitete Schlussfolgerungen für die politische Praxis von Protestbewegungen ermöglichen (4).

1. Zur Relevanz von Medien für Protestbewegungen

Die Relevanz von Medien für Protest zeigt sich unter anderem darin, dass Protestbewegungen zumeist ihre eigenen Medien hervorbringen. (vgl. z.B. Downing 2005, 2003, 2001; Waltz 2005; Gumucio Dagron 2004; Atton 2002; Dorer 1992; Beywl/ Brombach 1982). John Downing spricht von einem wechselseitigen Verhältnis von alternativen Medien und Protestbewegungen: „Social movements of many kinds both give life to such media and are often given life by them“ (Downing 2001: 410). Auf diese enge Verbindung von alternativen Medien und politischem Aktivismus verweisen auch Wilma de Jong, Martin Shaw und Neil Stammers: „we cannot understand activism without seeing how it communicates politically, or contemporary media without looking at how activists are both using and transforming political communication“ (de Jong/ Shaw/ Stammers 2005: 2). Ein wesentlicher Grund für dieses enge Verhältnis von Medien und Protestbewegungen, ist die Tatsache, dass Öffentlichkeit für die Inhalte und Themen eines Protests häufig nur mittels Medien hergestellt werden kann. Um auf ihre Anliegen aufmerksam zu machen, sind Protestbewegungen auf mediale Berichterstattung angewiesen: „Eine Bewegung, über die nicht berichtet wird, findet nicht statt“ (Raschke 1985: 343).

Die Relevanz von Medien für Protestbewegungen geht aber über das Herstellen von Öffentlichkeit hinaus. So dienen Medien für Protestbewegungen nicht nur als Informationsinstrument nach außen, sondern auch als internes Kommunikationsorgan (vgl. de Donk et al. 2004: 1). Vor allem im Internet finden Protestgruppen Möglichkeiten für kostengünstige, partizipative Medienproduktion vor (vgl. z.B. Atton 2004; Bennett 2003: 34; Couldry 2003: 45; Hyde 2002; Wright 2004: 90). Wie John Downing betont, kommt es mit dem Internet zu einer zunehmenden Verschmelzung von sozialem Aktivismus und Medienaktivismus, da auch soziale Aktivist_innen nun dazu in der Lage sind, für sich selbst zu sprechen und das Internet für ihre Zwecke zu nutzen (vgl. Downing 2001: 207f). Dieter Rucht (vgl. 2004: 50) nennt vier Zwecke, zu welchen das Internet von sozialen Bewegungen genutzt wird: erstens als Informationsinstrument, zweitens als Kommunikationsmittel zum Austausch von Informationen und zur Koordination, drittens zur Mobilisierung für Offline-Protest, und viertens für virtuell durchgeführte Protestaktionen im Rahmen derer die Internettechnologie gleichzeitig Waffe und Angriffsziel ist (vgl. Rucht 2004: 50). Harry Cleaver (vgl. 1999) nennt drei Zwecke der Nutzung des Internets durch soziale Bewegungen. Erstens zur Informationsbeschaffung und -verbreitung, z.B. durch Webseiten und eMail. Zweitens zur Verbreitung von Interpretationen dieser Informationen durch Diskussion und Debatten z.B. in Mailinglisten. Drittens zur Mobilisierung für Offline-Protest. Sandor Vegh (vgl. 2003: 72) unterscheidet drei Bereiche in denen Online-Aktivismus stattfindet: „awareness/advocacy, organization/mobilization and action/reaction“. Aktivismus im ersten Bereich der Bewusstseins- und Aufmerksamkeitserzeugung bedeutet die Nutzung des Internets zur Bereitstellung von alternativen Nachrichten und

Informationen (vgl. Vegh 2003: 72). Zur Organisation und Mobilisierung dient das Internet laut Vegh zur Mobilisierung für Offline-Protest (z.B. Demonstrationen), zur Mobilisierung für Protestaktivitäten, welche online effizienter durchgeführt werden können als offline (z.B. Petitionen), sowie zur Mobilisierung für Protestformen, welche ausschließlich online durchgeführt werden (z.B. Spamming-Kampagnen, virtuelle sit-ins) (vgl. Vegh 2003: 75).

Zusammenfassend zeigt diese Zusammenstellung, dass (Online-)Medien von Protestbewegungen für vielfältige Zwecke genutzt werden, die den folgenden drei Bereichen zugeordnet werden können: 1. Herstellung von Öffentlichkeit. 2. Mobilisierung von Aktivist_innen und Koordinierung von Protestaktivitäten. 3. Durchführung von Online-Protesten. Christian Fuchs (vgl. 2008: 280) spricht in diesem Zusammenhang von kognitivem (Herstellung von Öffentlichkeit), kommunikativem (Mobilisierung und Koordination) und kooperativem Cyberprotest (Durchführung von Online Protest). Während die dritte Form der Mediennutzung im Kontext von *Unibrennt* kaum bis nicht relevant war, können die ersten beiden Mediennutzungsweisen als essentiell für die *Unibrennt* Bewegung bezeichnet werden. Zur Mobilisierung und Koordination wurden insbesondere die Web 2.0 Applikationen Flickr und Facebook eingesetzt: Um Aktivist_Innen zu mobilisieren wurden diese Medien zum Beispiel zur Bekanntmachung von Tagesprogrammen, Arbeitsgruppenaktivitäten, Demonstrationsterminen und -routen, sowie zur Koordination von Protestflashmobs genutzt.

Im Zentrum dieses Beitrags steht aber die erste Nutzungsweise von Medien durch Protestbewegungen: Herstellung von Öffentlichkeit, Erzeugung von Aufmerksamkeit. Wir werden zu zeigen versuchen, dass die Proteststrategie von *Unibrennt* zu einem großen Teil durch diese Nutzungsweise von Medien geprägt war bzw. ist. Wenn im Folgenden von Kommunikationsstrategie gesprochen wird, so ist daher die erste Nutzungsweise von Medien, die auf das Herstellen von Öffentlichkeit abzielt, gemeint.

Wie Dieter Rucht betont, zielt das Erzeugen medialer Aufmerksamkeit darauf ab, durch im Idealfall positive Berichterstattung die öffentliche Meinung zugunsten der Anliegen der sozialen Bewegung oder Protestgruppe zu beeinflussen: „social movements and protest groups strive to get media attention and, if possible, positive media coverage, which in turn may be crucial to influencing peoples’ hearts and minds and, eventually, policy decisions“ (Rucht 2004: 29). Anders gesagt dient eine solche Medienstrategie dazu, den politischen Druck zu erhöhen indem möglichst viele Menschen von der Wichtigkeit der Anliegen der Protestbewegung überzeugt werden und sich ihr zunächst inhaltlich, in der Folge aber auch aktivistisch anschließen. Eine Strategie des Überzeugen-Wollens setzt also die Annahme eines Zusammenhangs von durch Kommunikationsprozesse erzeugbarem kritischem Bewusstsein und gesellschaftsverändernder Handlung voraus.

In diesem Beitrag werfen wir die These auf, dass diese nicht reflektierte Haltung in der Salzburger *Unibrennt* Bewegung dominant war und deren Protest- und Kommunikationsstrategie derart prägte, dass beide tendenziell zusammenfielen, d.h. aus der Protest- eine PR-Strategie wurde. Um dies zu zeigen werden wir im folgenden Abschnitt die Versuche von *Unibrennt* Salzburg ihre politischen Ziele durch Erzeugung positiver öffentlicher Aufmerksamkeit zu fördern, beleuchten und theoretisch reflektieren.

2. Selbst- und Fremdbestimmte Kommunikation im Kontext von *Unibrennt*

In der heutigen gesellschaftlichen Situation werden öffentliche Debatten zumeist über etablierte Massenmedien geführt. Dies gilt auch für Protestbewegungen: „it is no longer the co-

present public that counts most, but the mass audience that sits at home and watches or reads the media coverage of the demonstration“ (Koopmans 2004: 368). Um öffentlich über Anliegen und Inhalte einer Protestbewegung zu informieren kann daher zum einen versucht werden die Aufmerksamkeit traditioneller Massenmedien zu erzeugen. Ist die Berichterstattung in diesen zumeist kommerziellen Medien unangemessen oder unzureichend, so bleibt der Protestbewegungen zum anderen die im vorausgegangenen Kapitel bereits angedeutete Alternative der Bildung eigener Medien: „They may try to develop their own media of communication to spread their word, to reframe their goals and demands, to change their forms of action“ (Rucht 2004: 29).

Beide Kommunikationsstrategien sind auch im Rahmen der Salzburger *Unibrennt* Bewegung zu beobachten. Wir unterscheiden daher zwei Arten von Kommunikationsprozessen: Protestbewegungen können einerseits selbstbestimmt, durch eigene Medien kommunizieren, oder andererseits versuchen die Aufmerksamkeit etablierter Massenmedien zu erzeugen. Da hier die eigentliche Berichterstattung nicht von der Bewegung selbst ausgeht, sondern über die Bewegung berichtet wird, kann letztere Strategie als fremdbestimmt beschrieben werden. Um begriffliche Verwirrungen zu vermeiden, muss darauf hingewiesen werden, dass diese Unterscheidung von selbst- und fremdbestimmter Kommunikation noch keine Unterscheidung in emanzipatorische (selbstbestimmte) und repressive (fremdbestimmte) Kommunikationsformen bedeutet. Vielmehr wird im Folgenden dahingehend argumentiert, dass eine solche Gleichsetzung zu falschen Urteilen über die gesellschaftliche Realität führen würde¹. Um die tatsächliche Wirkung, d.h. emanzipatorische und/ oder repressive Form dieser selbst- und fremdbestimmten Kommunikationsstrategien beschreiben zu können, muss der Kontext einer kapitalistischen Gesellschaft berücksichtigt werden. Von gesellschaftlichen Möglichkeiten der Medien zu sprechen, setzt in der Traditionslinie kritischer Theorie voraus, zunächst ein Bild der gesellschaftlichen Wirklichkeit der Medien zu zeichnen. Dieses erweist sich als widersprüchlich: Die Medienwirklichkeit ist einerseits geprägt von emanzipatorischen und demokratischen Momenten, andererseits kann gezeigt werden, dass es gesellschaftliche Tendenzen gibt, die emanzipatorische und demokratische Potentiale der Medien verhindern. In diesem Sinne werden wir im Folgenden zunächst auf Potentiale und Probleme selbstbestimmter Kommunikationsformen eingehen, und anschließend fremdbestimmte Kommunikationsformen diskutieren.

Selbstbestimmte Kommunikationsprozesse umfassen hier zunächst jene Formen der Kommunikation die unter dem Schlagwort der Alternativmedien gefasst werden können und es ermöglichen, etablierte Massenmedien und deren Filtermechanismen zu umgehen. Zentrale Kennzeichen alternativer Medien sind häufig die enge Verknüpfung mit sozialen Bewegungen, partizipative, anti-hierarchische Organisation sowie nicht kommerzielle Finanzierung (vgl. z.B. Atton 2002, 2004; Downing 2001; Rodriguez 2001; Couldry 2003). Sie ermöglichen Protestgruppen die selbstbestimmte Darstellung ihrer Inhalte und Anliegen. Allerdings bringt die Organisations- und Finanzierungsweise alternativer Medien häufig auch Probleme mit sich. Vor allem im Print-, TV- und Radiosektor ist die Produktion alternativer Medien mit hohen Kosten verbunden. Mangelnde finanzielle Ressourcen führen häufig zu Selbstaussbeutung der Medienproduzent_innen sowie eingeschränkten Produktions- und Vertriebsmöglichkeiten (vgl. Comedia 1984; Knoche 2003). Die finanzielle Instabilität ist häufig eine Ursache dafür, dass alternative Medienprojekte nur kurzzeitig bestehen, geringe Reichweiten haben, insgesamt marginal bleiben und außerhalb aktivistischer Kreise kaum rezipiert werden (vgl. Comedia 1984)

¹zur Problematik des „optimistischen Idealismus“ in der Kommunikationswissenschaft (vgl. Knoche 2005: 130-136)

Demgegenüber bietet das Internet die Möglichkeit relativ kostengünstig, partizipative Medien zu produzieren (vgl. Atton 2004; Bennett 2003: 34; Couldry 2003: 45; Hyde 2002; Wright 2004: 90), und dabei ein potentiell globales Publikum zu erreichen (vgl. Meikle 2002: 60f.; Vegh 2003: 74). Dennoch gilt auch im Internet, dass die Tatsache, dass Protestgruppen durch alternative (Online-)Medien selbstbestimmt ihre Stimme erheben können, bedeutet nicht zwangsläufig, dass diese auch Gehör findet (vgl. z.B. Curran 2003: 227; Rucht 2004: 53; Wright 2004: 84). Die im Internet vollzogene Abschaffung der Trennung zwischen Produzent und Rezipient, wie sie schon von Bertolt Brecht (1932/ 2004), Walter Benjamin (1934/ 2002) und Hans Magnus Enzensberger (1970/ 2004) antizipiert wurde, führt also nicht automatisch zu einem demokratischeren Mediensystem. Auch die scheinbar freie und demokratische Kommunikation im Internet unterliegt unter kapitalistischen Bedingungen strukturellen Einschränkungen die Aufmerksamkeit ökonomisch regulieren und steuern (vgl. Sandoval 2009; Sandoval/ Fuchs 2010), sodass die Angebote finanzstarker kommerzieller Medienunternehmen bei weitem stärker rezipiert werden, als alternative (Online-)Medien.

Im Fall von *Unibrennt* fällt auf, dass (Online-)Medien in großem Ausmaß genutzt wurden um selbstbestimmt zu mobilisieren, zu kommunizieren und Protestaktionen zu koordinieren. Aufgrund dieser umfassenden Nutzung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien wurde *Unibrennt* auch mit dem Ehrenpreis der Ars Electronica in der Kategorie „Digital Communities“ ausgezeichnet. Demgegenüber blieb die selbstbestimmte Berichterstattung über die Inhalte und Anliegen von *Unibrennt*, zumindest in Salzburg, relativ gering. Während in Wien mit der Zeitung „Morgen“ und ihrer Nachfolgerin „Über.Morgen“ ein eigenes alternatives Printmedium gegründet wurde, gab es in Salzburg kaum eigenständige journalistische Aktivitäten. Der Fokus lag vielmehr darauf, kommerzielle Massenmedien mit Pressemeldungen zu versorgen und auf möglichst positive Berichterstattung zu hoffen. Dies wird durch eine Analyse der Website von *Unibrennt* Salzburg deutlich. Auf der als Blog aufgebauten Website wurden vom 26. Oktober 2009 bis zum 30. August 2010 153 Einträge veröffentlicht. Die folgende Abbildung zeigt, wie sich diese Einträge auf verschiedene inhaltliche Kategorien verteilen.

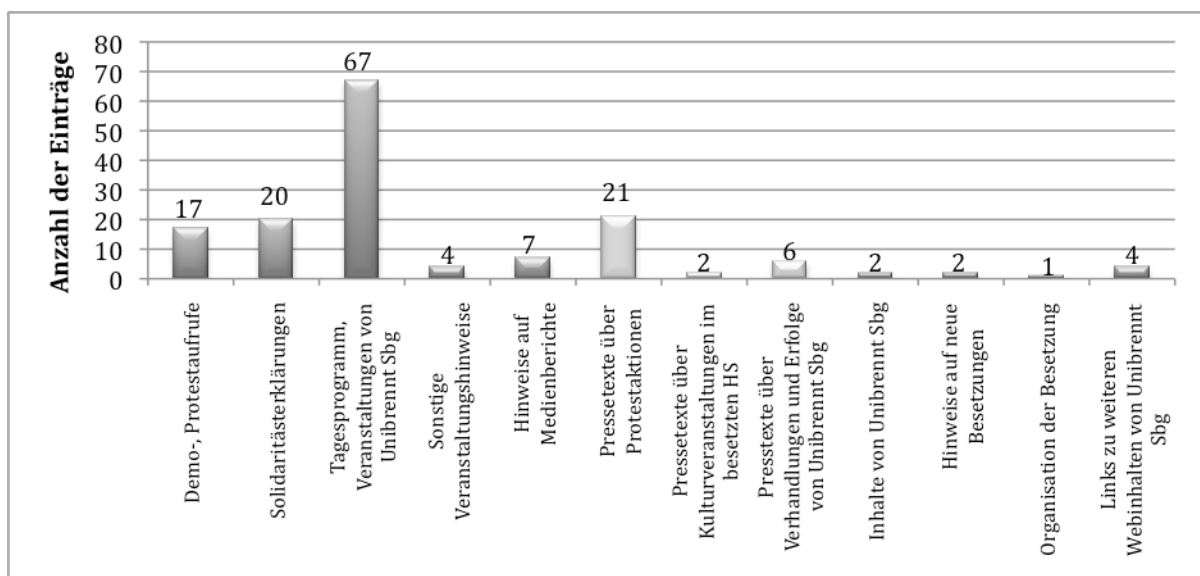


Abbildung 1: Inhalte der Website von *Unibrennt* Salzburg, 26. Oktober 2009 bis 30. August 2010, N = 153 Einträge

Primär dient die Website zu Ankündigung des Tagesprogramms und Veranstaltungen. An zweiter Stelle folgen Einträge über Protestaktionen (21) Forderungen, Verhandlungen und Erfolge von *Unibrennt* (6), sowie Kulturveranstaltungen (2), die den Charakter von Pressemeldungen besitzen. Das heißt bestimmte Ereignisse wie z.B. die Übergabe eines Forde-

rungskataloges an das Land Salzburg oder die Durchführung einer Protestaktion in der Salzburg Innenstadt werden in knapper, übersichtlich zusammengefasster Form, zusammen mit Fotos und häufig auch mit Zitaten einzelner Aktivist_innen dargestellt. Des Weiteren sind die Veröffentlichung von Solidaritätsbekundungen und Aufrufe zu Demonstrationen und Protestaktionen wichtiger Bestandteil der Website.

Die Inhalte der Website von *Unibrennt* Salzburg zeigen, dass eine tiefgehende Auseinandersetzung mit den Inhalten von *Unibrennt* dort kaum stattfindet. Die Website wird nicht dazu genutzt um selbstbestimmt Kritik am Bildungs- und Gesellschaftssystem zu üben und Forderungen inhaltlich zu diskutieren, ohne dabei auf die Berichterstattung in kommerziellen Massenmedien angewiesen zu sein. Die einzige fundierte inhaltliche Analyse ist unter dem Menüpunkt „Grundsätze und Forderungen“ zu finden, dort sind die während der Besetzung erarbeiteten Standpunkte von *Unibrennt* Salzburg zu gesellschafts- und bildungspolitischen Themen nachzulesen. Abgesehen davon, ist die Darstellung der Inhalte auf dem *Unibrennt* Salzburg Blog weitgehend angepasst an die Berichterstattung kommerzieller Massenmedien. Diese Strategie entspricht der von Rucht beschriebenen Anpassungsstrategie sozialer Bewegungen im Umgang mit Medien. Er unterscheidet vier mögliche Arten des Umgang sozialer Bewegungen mit Massenmedien: Enthaltung, Angriff, Anpassung und Alternativen (vgl. Rucht 2004: 31f). Die Anpassungsstrategie bedeutet eine Unterordnung unter Prinzipien und Selektionskriterien kommerzieller Medien, um so deren Aufmerksamkeit zu erzeugen sowie deren Berichterstattung möglichst positiv zu beeinflussen (vgl. Rucht 2004: 31).

Diese Anpassungsstrategie von *Unibrennt* korreliert mit der in Kapitel 1 bereits angedeuteten Strategie, die Anliegen des Protests durch das Überzeugen möglichst vieler Menschen voranzutreiben. Da die von Protestgruppen gegründeten alternativen Medien zumeist nur geringe Reichweiten haben und vornehmlich Aktivist_innenkreise erreichen (vgl. z.B. Benson 2003: 124), kann große öffentliche Aufmerksamkeit häufig nur mithilfe kommerzieller Massenmedien erzeugt werden. In der Hoffnung die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit und Relevanz der Anliegen von *Unibrennt* zu überzeugen, wurde daher der Berichterstattung in etablierten, mehrheitlich kommerziell arbeitenden Massenmedien, denen gerade nicht die von Karl Marx geforderte erste Freiheit der Presse (vgl. MEW 1: 71) zukommt, nämlich kein Gewerbe zu sein, entscheidende Bedeutung zugemessen. Gleich zu Beginn der Proteste in Salzburg wurde eine Arbeitsgruppe für Medienkontakte eingerichtet, die im Verlauf der Prozesse an Wichtigkeit gewann, weil fortan jegliche Protestaktionen immer auch auf deren Medienwirksamkeit und die Art der zu erwartenden Berichterstattung hin in den diversen Plena diskutiert und schließlich auch praktisch mit dieser Rücksichtnahme durchgeführt wurden. Auch diese Vorgangsweise ist laut Rucht Kennzeichen der Anpassungsstrategie im Umgang mit Medien: „In its most advanced form, it [adaption] may include hiring a professional journalist or even creating a separate public relations unit that knows how to play the game with the established media“ (Rucht 2004: 32).

Laut Ruud Koopmans (vgl. 2004) hat das Streben nach massenmedialer Aufmerksamkeit Auswirkungen auf Protestformen und -aktionen: „Many modern protests, [...] are to an important extent scripted and staged to maximize the chances of drawing media attention“ (Koopmans 2004: 372). Die Erzeugung massenmedialer Aufmerksamkeit erfordert also die Inszenierung und Durchführung von Protest entlang von Kriterien, welchen den Selektionsmechanismen kommerzieller Medien entsprechen. Auf diese Problematik verweist auch wiederum Rucht: „The mainstream media basically select groups, issues and actions according to their own criteria, and the movements get (positive) media coverage only in the extent that they respect these criteria“ (Rucht 2004: 55). Wie wir im Folgenden zu zeigen versuchen ist dies

insofern problematisch, da diese Kriterien wiederum weitgehend durch die Einbettung von Massenmedien in den Kontext eines kapitalistischen Gesellschaftssystems geprägt sind.

Für die Fremdkommunikation lassen sich auf Basis einer systematischen Anwendung marx-scher Theorie (vgl. Fuchs 2010a) und ihrer Weiterentwicklungen in der Tendenz repressive medienkulturelle Muster beschreiben, die sich aus der spezifisch kapitalistischen Produktionsweise und den mit ihr verbundenen gesellschaftlichen und politischen Filterfunktionen (vgl. Horkheimer/ Adorno 1944/ 2009: 134; Herman/ Chomsky 1988/ 2002) erklären. Edward S. Hermann und Noam Chomsky betonen in ihrer zuerst 1988 erschienenen Analyse der Politischen Ökonomie der Massenmedien „Manufacturing Consent“, dass in einer antagonistischen Gesellschaft systematische Prozesse der Integration und Beeinflussung notwendig sind, um deren Status Quo zu sichern. Diese Funktion erfüllen Massenmedien, auch in libertär-demokratischen kapitalistischen Gesellschaften, in denen Medienkontrolle dezentralisiert ist und formale Zensurmechanismen fehlen (vgl. Hermann/ Chomsky 1988/ 2002: 1). Die Autoren beschreiben für kapitalistische Gesellschaften fünf „Filter“ der Beeinflussung öffentlicher Meinung (vgl. Hermann/ Chomsky 1988/ 2002: 3-35): Massenmedien haben im Kapitalismus private Besitzer, müssen für diese Profite erwirtschaften und deshalb zu großen Konzernen wachsen. Medienmanager_innen können deshalb grundsätzlich keine Meinungen zulassen oder propagieren, die diese „Geschäftsgrundlage“ nachhaltig gefährden würde. Leicht zugängliche Massenmedien sind heute werbefinanziert und verkaufen Aufmerksamkeit der Rezipient_innen an werbetreibende Unternehmen. Deshalb können Massenmedien keine Meinungen zulassen, die dem Interesse der Werbeindustrie widersprechen. Massenmedien sind angewiesen auf Informationsquellen, diese sind politisch und ökonomisch konzentriert. Deshalb können sie keine Meinungen zulassen, die ihre Quellen nachhaltig schädigen. Abweichungen von diesen „Selbstverständlichkeiten“ werden zum Ziel von Kampagnen und Angriffen zivilgesellschaftlicher Akteure. Sie erzeugen Druck und betreiben flexibel Hegemonialisierungsprozesse. Hermann und Chomsky weisen in ihrem Vorwort zur Neuauflage darauf hin, dass ihr „Propaganda Modell“ auch in der heutigen postkommunistischen Situation volle Gültigkeit behält: Antikommunismus ist auch heute noch in der Gesellschaft verwurzelt, hinzu kommt verstärkend, aufgrund der unhinterfragten Annahme, dass es keine alternative Vergesellschaftungsform zum Markt geben könne, ein internalisierter Antiutopismus im journalistischen System (vgl. Hermann/ Chomsky 1988/ 2002: xviii). Dieser Antiutopismus vermittelt sich fast immer über Finanzierbarkeitsgrenzen: Forderungen der Bewegung sind grundsätzlich unrealistisch, ihre Urheber_innen romantische Fantast_innen, weil unter gegebenen Bedingungen nicht finanzierbar. Erst in diesem Rahmen wird die Berechtigung von Forderungen als Indikator gesellschaftlicher Probleme partiell anerkannt.

Das „Propaganda Modell“, welches die Filtermechanismen vorwiegend aus der erfolgreichen Durchsetzung von Klassen- und Gruppeninteressen erklärt, wird nun im Folgenden systematisch mit Hilfe von Ansätzen der Kritik der politischen Ökonomie der Medien (vgl. Knoche 2001) als Basis einer kritischen Kommunikations- und Medientheorie (vgl. Fuchs 2009; Fuchs 2010a) präzisiert. Dabei wird davon ausgegangen, dass die spezifisch kapitalistische Art der Medienproduktion Konsequenzen für die kulturell-politische Funktionen der Medien zeitigt. Der mediale Reichtum an unterschiedlicher Infrastruktur und Inhalten erscheint in unserer Gesellschaft fast immer in Warenform (vgl. MEW 23: 49). (Medien-)Warenproduktion bedingt und perpetuiert eine gesellschaftliche Situation, in welcher Medienarbeiter, um ihr Leben zu finanzieren, sich ohne direkten Zwang mit ihrer Arbeitskraft unter die Kontrolle von Medieneignern und Medienmanagern begeben müssen. Ihr dort erarbeitetes Medienprodukt ist nicht ihr Eigentum, sondern geht in das Eigentum des Käufers der Arbeitskraft über. So produzieren Medienarbeiter_innen für individuelle Medieneigner_innen einen Mehrwert, den letztere/r als zu erzielenden Profit „im Auge [hatte], als er die Arbeits-

kraft kaufte“ (MEW 23: 208). Grundbedingung der Warenproduktion ist also eine Gesellschaft, in welcher es individuell existierende Eigentümer_innen an Produktionsmittel gibt, die als Kapitalist_innen den Arbeiter_innen gegenüberstehen und die gesellschaftliche Produktion keinem bewussten Plan der Gesellschaftsmitglieder folgt. Dennoch ist das, was als Wert und Mehrwert gilt, ein gesellschaftlich vermitteltes Verhältnis, denn Kapitalismus ist eine Möglichkeit soziale Beziehungen zu einer Gesellschaft zu organisieren. Reduziert ein/e Medien-eigner_in die Kosten um den, ihm/ihr für weitere Medienunternehmungen zur Verfügung stehenden, Mehrwert zu maximieren, entwertet diese individuelle Handlung den realisierbaren Wert von Medienprodukten anderer Medieneigner_innen. Diese müssen nachziehen, wollen sie weiterhin an der existenzsichernden Warenproduktion teilnehmen. Als „selbstverständliche Kaufmannspflicht“ (Kiefer 1999: 707) erscheint dann die entsprechende Reaktion des einen Kapitalisten auf die Profit steigernden Handlungen einer anderen Kapitalistin oder bereits in der gemeinsamen Antizipation aller Kapitalist_innen auf mögliche Handlungen dieser Art. Größen-, Breiten- und Netzwerkvorteile der Medienproduktion werden in diesem Konkurrenzkampf angestrebt und führen in wiederkehrenden Situationen des bedrohten Wachstums zu Kooperations- und Zentralisationsformen des Medienkapitals (strategische Allianzen, Übernahmen, Multimediakonzerne). Aus dieser Dynamik heraus und aufgrund der großen Bedeutung von Medien für die gesamte kapitalistische Produktion und Zirkulation von Waren² sind heute die breit diskutierten extensiven Konzentrationsprozesse in einer um vormals separat bestehende Wirtschaftsbereiche erweiterten Medienindustrie beobachtbar. Konzentrationsprozesse gefährden aber „die demokratischen Grundlagen kapitalistischer Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme, weil sie den propagierten Idealen des Wettbewerbs und der publizistischen Vielfalt real widersprechen.“ (Knoche 2007: 124).³ Christine Leidinger beschreibt in diesem Zusammenhang eine sich aus Interessenkonflikten ergebende „redaktionelle Atmosphäre, die sich in mehr journalistischer Antizipation zensorischer Konzernpraktiken und mehr Selbstzensur ausdrückt“ (Leidinger 2003: 221). Sie kann deshalb im Ergebnis eine strukturell begründete Unwahrscheinlichkeit kritischer Medieninhalte (vgl. Leidinger 2003: 223-257; vgl. auch Knoche 2005: 129f.) für kapitalistische Mediensysteme plausibilisieren.

Die Ausführungen über reale Ungleichheitsprobleme im Mediensystem und speziell zur Verdeutlichung des herrschenden medialen Antiutopismus, sollen nun werttheoretisch mit Hilfe des Warenfetischtheorems ergänzt werden. Die Art und Weise der kapitalistischen Vergesellschaftung hat Auswirkungen auf alle Akteure im Mediensystem, sowohl auf Rezipient_innen, als auch auf die Kommunikator_innen. Sie vollzieht sich „hinter dem Rücken der Produzenten“ (MEW 23: 59) und entfaltet eine „Macht des Machwerkes über die Machenden“ (Haug 1974/ 2005: 161). Es geht hier im Wesentlichen darum die praktischen und die das Bewusstsein der Menschen betreffenden Folgen einer, von Planlosigkeit und Ex-post-Koordinierung gekennzeichneten privaten Produktion, als spezifisch kapitalistische Form der Vergesellschaftung von Menschen aufzuzeigen. Dieter Wolf beschreibt den Warenfetischieffekt damit, dass sich auf ganz grundsätzliche Weise im Bewusstsein der Menschen ein Gegensatz von Natur und Geist etabliert (vgl. Wolf 2007). Entweder werden externe Faktoren (Natur), z.B. die mediale Fremdkommunikation oder die Behauptung, für bildungspolitische Verbesserung sei schlicht kein Geld vorhanden, fetischiert, das heißt nicht auf ihre Historizität und Veränder-

² Medien, Kultur und Wissen sind selbst Waren und dienen zur Profitgenerierung, Medientechnik ist ein Rationalisierungsmittel in der Warenproduktion (relative Mehrwertproduktion), Medien dienen zur Organisation und Expansion der Warenproduktion und der Warenzirkulation, sowie eines flexiblen Kreditsystems, sie sind Distributionsmittel für andere Waren und begründen die Akkumulation von Medieninfrastrukturkapital, schließlich dienen sie der Warenwerbung mit dem Zweck, das Mehrwert/ Profit realisiert werden kann (vgl. Fuchs 2009).

³ Eine radikale gesellschaftskritische Perspektive auf Medienkonzentration wäre die Aufhebung des Konkurrenzprinzips (Garnham 2001: 54f.). Knoche (2005) macht dies deutlich, indem er der apologetisch-normativen Wettbewerbstheorie eine empirisch-kritische Konzentrationstheorie gegenüberstellt. Zensur, Selektions- und Quellenprobleme beziehen sich nicht auf jeglicher Art von Inhalten, sondern nur von spezifisch kapitalismuskritischen und gesellschaftskritischen Inhalten. Ziel kann also nicht die Etablierung einer formalen Freiheit unter dem Schlagwort Vielfalt der Medien sein, sondern eine inhaltliche gefüllte Freiheit im Mediensystem als Freiheit von Unterdrückung, Ausbeutung und Herrschaft.

barkeit untersucht. Oder aber im Gegenzug werden Werte, Normen, innere Einstellungen (Geist) idealisiert, wenn z.B. der Verlust des humanistischen Bildungsideals durch bildungspolitische Strukturreformen beklagt wird und den Politikern fehle es nur an den richtigen Wertsetzungen. Der tätige und wechselseitige Zusammenhang zwischen Geist und Natur kommt so nicht in den Blick. Dadurch bleibt das Handeln an das immanent Bestehende gefesselt. Kommodifizierte Kommunikationsprozesse basieren auf und reproduzieren diesen grundlegenden relativistischen und positivistischen Erfahrungsmodus der Menschen, wie Dieter Prokop (vgl. 2004) ausgearbeitet hat. Dieser Erfahrungsmodus ist gekennzeichnet durch demonstrative Harmlosigkeit, relativistischen Standpunkt, eine mutwillige Beschränkung auf das Faktische und das Methodische, klassifikatorisches Denken mittels Stereotypisierung, insgesamt also durch den Verzicht einer Reflexion auf den Sinn des Ganzen; er kann sich in den kommerziellen Medien durchsetzen, weil er konformistisch und kostengünstig ist (vgl. Prokop 2004: 386-389, 471-476). Zusammengenommen werden so, wie Prokop es heute nennt „abstraktive medienkulturelle Muster“ (vgl. Prokop 2004: 24-29) produziert. Diese begründen eine strukturelle Unwahrscheinlichkeit gesellschafts- und kapitalismuskritischer Medieninhalte mit, deren letztlicher Effekt repressiv genannt werden kann. Davon bleibt unberührt, dass einzelne Ausnahmen vorkommen können, und sogar im Sinne der Tendenz existieren müssen.

3. Unibrennt und das „Realismusproblem“

Auch durch selbstbestimmte Berichterstattung, zum Beispiel in alternativen Medien bleiben gesellschaftliche Prozesse wirksam, die Gesellschaftskritik unterbinden. In seinem Aufsatz „Repressive Toleranz“ hat Herbert Marcuse sich mit der Frage auseinandergesetzt, inwieweit politische Alternativen – so auch alternative Medien – in einer repressiven Gesellschaft politisch wirksam werden können. Er beschreibt die Toleranz in der heutigen Gesellschaft als „ein Mittel, um den Kampf ums Dasein zu verewigen und die Alternativen zu unterdrücken“ (Marcuse 1965/ 1984: 137). Demzufolge werde Toleranz repressiv, indem sie unterschiedslos jeder Meinung gewährt werde, solange diese praktisch folgenlos bleibe. Wirkungslos bleiben abweichende Meinungen einerseits weil sich die Toleranz auf bürgerliche Rechte wie Versammlungs- und Meinungsfreiheit beschränke und nur aufrecht erhalten bleibe, solange eine Meinung nicht in entsprechende, die bestehende Gesellschaftsordnung angreifende Handlungen übersetzt werde (Marcuse 1965/ 1984: 143). Andererseits bleiben abweichende Meinungen, die letztlich Minderheitenmeinungen sind, wirkungslos gegenüber der quantitativen Übermacht der herrschenden Meinung: „Andere Wörter können zwar ausgesprochen und gehört, andere Gedanken zwar ausgedrückt werden, aber sie werden nach dem massiven Maßstab der konservativen Mehrheit [...] sofort bewertet“, d.h. in das Bestehende eingegliedert, sodass die „Antithese im Sinne der These Neubestimmt wird“ (Marcuse 1965/ 1984: 146). Auch jene Kommunikationsformen welche nicht den beschriebenen repressiven medienkulturellen Mustern unterliegen, unterliegen insofern einem Realismusproblem, als dass sie nach „realistischen“ Kriterien bewertet werden, in die die gesellschaftliche Situation bereits eingeht.

Dieser „Realismus“ wird für uns und gesellschaftskritische Bewegungen deshalb zum Problem, weil er erstens eine Vergesellschaftungsweise der Menschen perpetuiert, die durch Entfremdung und Unmündigkeit für alle Gesellschaftsmitglieder gekennzeichnet ist und zweitens diese Art der Vergesellschaftung einigen Menschen in besonderer Weise nutzt, indem sie eine fundamentale gesellschaftliche Ungleichheit etabliert. In dieser normativen Perspektive von wechselseitiger Bedingung von Entfremdung und materialer Ungleichheit, die repressiv genannt werden kann, diskutieren wir die tendenziell neutralen Konzepte von Hegemonie, Nor-

malisierung und Durchschnitt; sie geben Aufschluss *wie* Repression realistisch werden kann oder *wie* implizite Zensurmechanismen der Öffentlichkeit funktionieren (vgl. Kämpf 2006).

Mit Alex Demirović kann für eine Gesellschaftstheorie argumentiert werden, die den Kapitalismus gemäß des Marxschen Anspruchs im „idealen Durchschnitt“ darstellt. Sie soll verdeutlichen, dass sein Funktionieren gerade durch den Durchschnitt aller gesellschaftlichen Bewegungen, einschließlich sozialer Proteste zustande kommt. Die Theorie des Kapitalismus beschäftigt sich also mit dem Prozess der Durchschnittsbildung und den daraus resultierenden Folgen (vgl. Demirović 2010: 167ff.; Link 1997: 230ff.). Dies gilt für die ungeplante Durchsetzung des Wertgesetzes in der Produktionssphäre, wie auch in den kulturell-politischen Bereichen der kapitalistischen Gesellschaft.⁴ Dieser Durchschnitt setzt sich aber „nicht einfach nur blind durch, sondern wird von einer Vielzahl von gesellschaftlichen Akteuren selbst wiederum zum Gegenstand einer Praxis gemacht“ (Demirović 2010: 172). Er setzt selbst Abweichung voraus, denn diese Akteure handeln nicht alle in gleicher Weise. Insofern ist repressive Toleranz nicht etwas, was *Unibrennt* entgegenschlägt, sondern spiegelt sich auch in der Praxis der Protestbewegung. Es geht dabei gesamtgesellschaftlich um das Ziel, „die Streuung in den Verhaltensweisen der Individuen zu vergrößern und diese zirkulieren zu lassen, so dass sie glauben können, sie verfolgten ihre aufgeklärten Ziele als freie Bürger“ (Demirović 2010: 171). Repressive Toleranz und Durchschnittsbildung sind Teil kapitalistisch-bürgerlicher Hegemonie. Das Hegemoniekonzept Antonio Gramscis erklärt Herrschaftsverhältnisse führender gesellschaftlicher Klassen und Gruppen über subaltern Gehaltene durch die Ausarbeitung und Übernahme von Ideen und Anschauungen in deren Alltagsverständnis und alltägliche Praktiken. Hegemonie ist vorstellbar, als ein Verhältnis: „sich ständig verschiebender und ändernder Kompromissgleichgewichte“ (Demirović 2007: 32), in welchen die herrschenden Fraktionen ihre Interessen untereinander abgleichen und Interessen der Subalternen aufnehmen. Die Aufnahme subalternen Interessen geschieht allerdings im Kapitalismus immer in einem Rahmen von Entfremdung und Ungleichheit, der wenn es nötig ist mit Zwang „gepanzert“ (Gramsci 1991ff.: 783) und somit aufrecht erhalten wird.⁵ Die Kompromissbildung erfolgt sehr effektiv durch Durchschnittsbildung und Produktion von Normalzuständen, Normalansichten und Normalverhalten. So wird ein Bereich des Realistischen gesellschaftlich konstruiert. Jürgen Link beschreibt dies in seiner Studie zum Normalismus (1997)⁶. Der Normalismus ist ein modernes Phänomen und in diesem Sinn eine Reaktion auf exponentielle Trends der Konkurrenz und der (Kapital-)Akkumulation in der Form eines Regulierungsdispositiv. Link geht es darum das dynamische Wechselspiel von spezifischem kulturellem Wissen und Subjektivität zu klarifizieren (vgl. Link 1997: 49). Er unterscheidet dabei zwei normalistische Strategien, die zwar gleichzeitig vor kommen (vgl. Link 1997: 140, 341), aber in ihrer Wirkungsweise zu unterscheiden sind, da einmal auf die Komprimierung und andererseits auf die Expansion dessen gezielt wird, was als normal gilt (vgl. Link 1997: 77): Erstere Strategie ist der zeitlich am Beginn der Moderne stehende Protonormalismus, er „legt seine Normen ex ante fest und ist bereit, sie den Individuen repressiv aufzuzwingen“ (Link

⁴ Während also in dieser Lesart die spezifische Form der Durchschnittsbildung ein generelles Prinzip (ökonomisch und kulturell-politisch) des Kapitalismus ist, kann die Logik der Ungleichheit bzw. die antagonistischen Verhältnisse nicht ohne Übersetzung in die kulturell-politische Sphäre übertragen werden.

⁵ Todd Gitlin (1972/ 2003: 271) beschreibt diesen „gepanzerten“ Rahmen kapitalistisch bürgerlicher Hegemonie genauer und nennt sechs dominante Prinzipien in dessen Rahmen Medien die Realität nur beschreiben können: Die Legitimität der privaten Kontrolle über die Warenproduktion, die Legitimität des nationalen Sicherheitsstaates, die Legitimität der technokratischen Experten, das Recht und die Fähigkeit staatlicher Exekutive Konflikte zu verwalten und notwendige Reformen durchzuführen, die Legitimität der durch dominante Eliten gestützten und definierten Gesellschaftsordnung und schließlich der Wert des Individualismus, an dem sich die soziale Existenz bemisst.

⁶ Link möchte zwar keine Aussagen über das Ganze der Gesellschaft im Sinne der kritischen Theorie treffen (vgl. Demirovic 2010: 169), er untersucht verdadende Spezialdiskurse der Medizin, Psychologie, des Sozialrechts und der mathematischen Statistik, sowie deren Koppellungen, welche sich z.B. in der starken Präsenz von Normalverteilungs- als Antwort auf moderne Exponentialkurve im kollektiven Bewusstsein manifestiert. Normalismustheorie lässt sich aber in unserer Perspektive dort anwenden, wo die mehrdimensionale Struktur des Normalismus von kapitalistischen Logiken „überdeterminiert“ wird (vgl. Link 1997: 81). Link weißt selbst auf eine sehr enge Koppelung zwischen Kapitalismus und Normalismus hin, so dass diese heute „unauflöslich“ erscheint (vgl. Link 1997: 235, 342).

1997: 92). Die zweite Strategie ist der flexible Normalismus, er „errechnet die Normen ex post aus statistischen Erhebungen und überläßt es den Individuen, ihr Verhalten aufgrund ihres Wissen über die Statistik selbst zu adjustieren“ (Link 1997: 92).

Die Fremd- und Selbstkommunikation der Studierendenprotestbewegung *Unibrennt* sind Teil dieses umfassenden, mit unterschiedlichen Aspekten beschreibbaren Realismusprinzips⁷. Die Fremdkommunikation der kommerziellen Massenmedien als Filtermechanismus kann tendenziell der protonormalistischen Strategie einer Komprimierung dessen, was normalerweise als realistisch gilt, zugeordnet werden. Es gibt sehr rigide Grenzen, welche Art und Form der Kritik es in die Massenmedien schaffen kann. Die Selbstkommunikation der Studierendenbewegung ist vorwiegend eingebunden in flexible normalistische Strategien, die auf die Expansion dessen, was normalerweise als realistisch gilt, zielen. Eine Pluralität an Kritikformen wird so gesamtgesellschaftlich zugelassen, die Normalisierung erfolgt hier durch Antizipation der Akteure.

Im Folgenden beschreiben wir exemplarisch die Durchsetzung des Realismusprinzips in der Studierendenbewegung. Eingangs wurde ihr gesellschaftskritischer Anteil hervorgehoben, sie besteht aber tatsächlich aus mehreren, der Gesellschaftskritik teils entgegengesetzten Interessensrichtungen. Diese können auf hoher Abstraktionsstufe unter die Kategorien der (Bildungs-)Systemoptimierung, der (Bildungs-)Systemreformierung und (Bildungs-)Systemablösung gefasst werden. Das Systemoptimierungsinteresse in *Unibrennt* ergibt sich unseres Erachtens vor allem aus der Angst von Akteur_innen, trotz des Privilegs ein Studium absolvieren zu können, nicht (mehr) zur Gruppe der gesellschaftlichen Gewinner zu gehören. Deutlich wird diese Position in all jenen Anliegen und Forderungen, die eine Verbesserung der eigenen Situation an der Hochschule zum Ziel hat. Sie kommt in nur geringem Maße innerhalb der Studierendenprotestbewegung zum Tragen, vielmehr wird sie oft von jenen Studierenden vertreten, die in *Unibrennt* nicht die angemessene Form hochschulpolitischen Engagement sehen. Beispielsweise wird gerade in der *Unibrennt*-Forderung nach der Aufhebung jeglicher Zugangsbeschränkungen zur Hochschule eine Gefahr für die Qualität des eigenen Studiums gesehen. Die Position des Systemreformismus ist innerhalb der Studierendenbewegung dominant, charakteristisch ist hier ein moralisches Unrechtsempfinden über spezifische Problemlagen. Systemreformierer_innen erkennen aber die bestehenden Entscheidungs-, und Problembearbeitungsmechanismen und hierarchisch organisierte Zuständigkeiten grundsätzlich an. In ihrer Vielfalt ist *Unibrennt* aktiv vollziehendes Moment und passiv Opfer des, der Gesellschaftskritik entgegengesetzten gesellschaftlichen Realismusprinzips. Wenn diese ambivalente Rolle zutrifft, dann ist es interessant zu fragen, warum die Position des Systemreformismus nicht gesellschaftskritisch wirksam wird. Innerhalb der Hegemonietheorie kann das Konzept der „passiven Revolution“ helfen eine Sensibilität für diese Prozesse zu gewinnen. Gramsci (vgl. 1991ff.: 102, 189, 1359) entwickelt dieses Konzept aus seinen Analysen des aufkommenden Fordismus in den USA. Er versteht darunter die notwendige Veränderung des Kompromissgleichgewichtes ausgehend von einer geänderten Produktionsweise durch die herrschenden Klassen. Die Subalternen sind hieran aktiv beteiligt, indem ihre Interessen, z.B. als Wissensarbeiter_innen im Wissenskapitalismus ein Stück weit aufgehoben werden⁸. Das Gemachte, das heißt die Form, die der Studierendenprotest annimmt, verkehrt sich hierbei gegen das reformistisch Gedachte und gegen den moralischen Impetus (vgl. Haug 2007: 12),

⁷ Link (vgl. 1997: 116ff.) bezeichnet die Arbeiten Marcuses und das Konzept der „repressiven Toleranz“ als hochgradig kompatibel mit seiner Normalismustheorie; kritisiert allerdings dessen epistemologischen Ansatz eines Primats der Ökonomie.

⁸ Proteste im Bildungssektor sollten wie Gramsci fordert im Zusammenhang mit der sich veränderten kapitalistischen Produktionsweise analysiert werden. Grundsätzlich ist es interessant zu fragen, welches die Interessen der Wissensarbeiter im Wissenskapitalismus sind und in welche Widersprüche sie geraten und wie diese Widersprüche in der Studierendenbewegung sichtbar werden. Und letztlich wie sich diese subjektiven Interessen zu Klasseninteressen (vgl. Fuchs 2010b), die der Ausbeutung von Wissensarbeiter geschuldet sind, verhalten.

was wiederum mit Berufung auf das Realitätsprinzip individuell rationalisiert werden kann. Letztlich kann diese Position aber die eines „klugen Prokapitalisten“ (Haug 2007: 23) sein. Und es lässt sich in der Tat beobachten, dass viele der Aktivist_innen zwischen der Haltung des Systemreformers und der Systemoptimiererin suchend schwanken. Die „Zonen möglicher transnormalistischer Exploration lagen und liegen stets uneindeutig und unentschieden in einer Art Schwebezustand an der Grenze des flexiblen Normalismus, in den zurück sie jederzeit ‚gefloatet‘ werden konnten und können“ (Link 1997: 33). Beispielsweise wurde mit der Aufnahme verschiedener beratender Arbeitsgruppen an der Universität Salzburg, die aus Vertretern des Rektorats, des Senats, der Österreichischen Hochschüler_innenschaft (ÖH) und *Unibrennt* bestand und in der Protestbewegung als durchgesetzter Erfolg bewertet wurden, zwar auf die artikulierten Missstände reagiert, Interessen von *Unibrennt* also aufgenommen, gleichsam aber auch aufgehoben (vgl. Negt/ Kluge 1972: 110). Und zwar insofern, als in den Agenda-Prozess dieses auf Konsens abzielenden Arbeitsbündnis nur mit den bestehenden Mitteln umsetzbare, zur grundsätzlichen Ausrichtung der Universität passende Anliegen (z.B. Öffnungszeiten von Bibliotheken, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, Ausstattungsfragen der Universität, wie Möbel etc.) eingebracht werden sollen. Von den fünf Grundforderungen wird also abgerückt. Darüber hinaus wird das Öffentlichkeitsprinzip mit diesem Vorgang verletzt, und viel wichtiger der politische Impuls vom Handeln bzw. der Forderung nach strukturellen Möglichkeiten selbstbestimmt zu handeln, zeitlich und durch die Anerkennung von Zuständigkeiten abgetrennt. Tatsächlich kann festgestellt werden, dass es sich bei diesen Protestpraktiken auch um Sozialisations- und Lernprozesse handelt, um zukünftig Führungsrollen im erweiterten kapitalistisch-bürgerlichen Staat zu übernehmen und um Kontrolle über die Medien ausüben zu können (vgl. Negt/ Kluge 1972: 91). Dies gilt auch für den Einsatz selbstbestimmter Medien, wenn z.B. vor allem kleine und mittlere Unternehmen heute lernen müssten, wie *Unibrennt* eigene Medien zu machen, um Zielgruppen zu mobilisieren und zusammenzuhalten, wie ein Vertreter einer österreichischen Marketingagentur betont (vgl. Spudich 2009).

Die gesellschaftstheoretische Fundierung unserer Argumentation sollte deutlich gemacht haben, dass das „Realismusproblem“ den Rezipient_innen und der Studierendenbewegung *Unibrennt* nicht (nur) von den Medien aufgezwungen wird, sondern „realistische“ Bedürfnisse und Einstellungen von Kommunikator_innen, sowie studentischen Rezipient_innen homolog in der übergreifenden Vergesellschaftungsweise wurzeln. Wir möchten daher folgende These zur Diskussion stellen: kapitalistische Produktionsweise der Medien und kapitalistische Vergesellschaftung konstituieren für *Unibrennt* ein „Realismusproblem“, welches ihr Handeln strukturiert und den gesellschaftskritischen Impetus tendenziell absorbiert. Das Realismusproblem besteht darin, dass in Erwartung möglicher Konsequenzen betreffend der massenmedialen Berichterstattung sowie der öffentlichen Meinung - in Übereinstimmung mit eigenen politischen Plausibilitätserfahrungen und teils aufgrund bewusster politischen Ansichten - sowohl Forderungen als auch Protestaktionen und Kommunikationsstrategien von vornherein dem Diktat des Realismus im Sinne unmittelbarer, und damit systemimmanenter Realisierbarkeit unterworfen werden. Dadurch wird radikale Gesellschaftskritik bereits im Ansatz untergraben.

4. Für eine materielle Politik der Kommunikation

Wie ließe sich in Parteinahme für (radikale) Gesellschaftskritik der beschriebenen Situation begegnen? Zunächst können Kriterien für die oben getroffene Unterscheidung der verschiedenen Formen von (Gesellschafts-)Kritik angegeben werden. Sie ermöglichen eine Beurtei-

lung der Studierendenprotestbewegung und können so beitragen passive Revolutionen zu vermeiden. Drei Kriterien sind aus unserer Sicht bedeutend: Erstens die Radikalität der Praktiken und Ideen, perspektivisch gerichtet auf die Abschaffung von Entfremdung und Ungleichheit. Radikalität wird also verstanden als ein bewusstes, zumindest partielles Verlassen des Durchschnitts- und Normalitätsrahmen. Zweitens kommt es auf das Tempo an, in welchem gesellschaftskritische Veränderungen herbeigeführt werden sollen. Die Kontrolle der Geschwindigkeit gesellschaftlicher Veränderungsprozesse muss von der gesellschaftskritischen Seite ausgehen (vgl. Demirović 2010: 175). Und schließlich kommt es auf das Wechselspiel von Immanenz- und Transzendenzbezug, also einer Reform im Sinne einer Revolution der gesellschaftskritischen Praktiken und Ideen an (vgl. MEW 1: 345). Dabei ist es wichtig, Verbindungslinien zwischen konkreten „nachprüfbareren Schritten und großer politischer Frontstellung“ (Negt/ Kluge 1972: 158) aufzudecken. Kritische Praktiken sind wirkungslos und gerade nicht radikal, wenn sie nicht am Bestehenden und am Konkreten, etwa den (verbliebenen) demokratischen Strukturen an der Universität ansetzen. Sie sind dies aber auch gerade dann nicht, wenn sie am Bestehenden nichts entdecken können, was über dieses hinausweist. Für diese Identifizierungsarbeit ist jedoch der Horizont einer Gesellschaft, einer Hochschule ohne Entfremdung und Ungleichheit notwendig.

Wie ließen sich also die Produktions bzw. Reproduktion einer solchen Gesellschaftskritik verbessern? Und welche Kommunikationsstrategie würde dieser entsprechen? Wir suchen mögliche Antworten theoriegeleitet in den Praktiken der Studierendenbewegung selbst und in Entwicklungen die uns problematisch erscheinen.

Wenn Protestbewegungen Aufmerksamkeit erzeugen wollen, dann tun sie das, weil sie zumindest implizit einen Zusammenhang von Bewusstsein und Handeln annehmen. Wenn Protestbewegungen mit vernünftigen Argumenten überzeugen wollen, dann tun sie das, weil sie annehmen, dass Vernünftigkeit das erzeugte Bewusstsein mit entsprechendem, problemlösenden Handeln zusammenklammert. Gerade diese Verbindung von Aufmerksamkeit/ Bewusstsein, Vernunft und Überzeugen/ Handeln ist aber im Kapitalismus selbst problematisch. Einerseits sei darauf verwiesen, dass eine herrschaftliche Trennung von Meinung und Handlungsmacht (vgl. Negt/ Kluge 1972: 94, 104, 108) durch die gesellschaftliche Arbeitsteilung (vgl. Haug 1994) aufrechterhalten wird.⁹ *Unibrennt* kann ihre Forderungen nicht selbst erfüllen, die Protestbewegung bleibt angewiesen auf die Entscheidung jener, die diese Funktion in der kapitalistischen Demokratie haben. Darüber hinaus wurde diese Arbeitsteilung in der Studierendenbewegung sogar verdoppelt: In der Salzburger Bewegung fand inhaltliche Arbeit, die auf Aneignung von Handlungsmacht zielte, personell weitgehend von Organisations- und Planungs-, sowie der Presse- und Medienarbeit statt. Zum Zweiten ist selbst die Vernunft im Kapitalismus beschädigt. Es wäre nämlich im Widerspruch zu unserer Argumentation vorausgesetzt, „daß das Volk fähig sein muß, auf der Basis von Erkenntnis etwas zu erwägen und auszuwählen, daß ihm wahrhafte Information zugänglich sein und deren Bewertung autonomem Denken entspringen muß“ (Marcuse 1965/ 1984: 145).

Es fehlt also an den sozialen Voraussetzungen gesellschaftskritischer Kommunikationsstrategien. Deshalb sollte eine Basis für gesellschaftskritische Öffentlichkeit im Rahmen der Studierendenbewegung produziert werden und dort wo sie bereits ansatz- und teilweise existiert gestärkt werden. Diese Basis umfasst aus unserer Sicht folgende Punkte: Erstens ist es notwendig, dass im Zuge der Studierendenbewegung gesellschaftliche Alternativen von den Ak-

⁹ Obwohl dieses Argument hier nicht ausführlich diskutiert werden kann, sei wenigstens auf die ideologische Funktionalität des sich aus dieser Trennung potentiell ergebenden Zynismus (vgl. Müller 2003: 302ff., Rehmann/ Wagner 2009) hingewiesen, der als (repressive) Bewegungsform dieses Widerspruchs, als eine Form der Entfremdung des Menschen im Kapitalismus interpretiert werden kann. Selbst eine vernunftgeleitete Einsicht in die Historizität der kapitalistischen Produktion ändert alleine nichts am Naturalisierungseffekt des Warenfetisches, weil er als Praxis (vgl. Ritsert 1998) „vor wie nach jener Entdeckung“ (MEW 23: 88) der Werts substanz weiterbesteht.

teur_Innen erfahren werden können. Normalerweise ist es nicht möglich, dass z.B. Entscheidungen in basisdemokratischen Prozessen diskutiert und getroffen werden, dass kollektiv am Verstehen gesellschaftlicher und bildungspolitischer Situationen gearbeitet wird, die Hochschule sich zu einem Lebensraum entwickelt, in welchem ohne Verwertungszwang gearbeitet und gefeiert werden kann. Der öffentliche Raum wurde während der Besetzungen bewusst angeeignet und selbstbestimmt nach den Bedürfnissen der Studierenden gestaltet. Die notwendige basale Infrastruktur hierfür, wie etwa gratis Essen der „Volxküche“ oder Putzdienste wurden organisiert. Die Utopie, dass Bildung etwas Kollektives und den gesamten Lebenszusammenhang Umfassende ist, dass die Befriedigung basaler Bedürfnisse nichts kostet, wird kurze Zeit tatsächlich erfahrbar. Im gleichen Zug entstand das Potential tätig zu erkennen, dass das, was allgemein als normal und realistisch gilt, veränderbar ist. Allerdings ist diese Stufe, gleichwohl sie die Grundlage der Gesellschaftskritik ist, nicht hinreichend und instabil (vgl. Negt/ Kluge 1972: 66-75). Zweitens halten wir es deshalb für notwendig, dass im Zuge der Studierendenbewegung die institutionelle und politische Macht gesellschaftskritischer Interessen nachhaltig vergrößert wird. Während an der Universität Salzburg eine Drittelbeteiligung der Studierenden in den Curricular Kommissionen durchgesetzt wurde und eine enge Verzahnung von *Unibrennt* und ÖH stattfand, wurden andererseits, abgesehen von zwei in eigener Regie durchgeführten Lehrveranstaltungen im Sommersemester 2010, keine Strukturen zur nachhaltigen Etablierung kritischer Wissensproduktion, wie Netzwerke mit kritischen oder prekär arbeitenden Lehrenden, Beeinflussung von Personalentscheidungen und Mittelvergaben, kritische Universitäten oder Lesekreise zur Aneignung „unrealistischen“ Wissens, geschaffen. Bündnisse mit nicht-universitären radikal gesellschaftskritischen Organisationen wurden mit dem Verweis auf fehlende politische Neutralität und Sachferne skeptisch bewertet. Drittens müssten etablierte und kritisierte Institutionen angegriffen und am Funktionieren gehindert werden. Besetzungen hatten jedoch meist nur eine Aufmerksamkeit erzeugende Funktion und teils wurde sogar im Falle der besetzten Hörsäle von Seiten der Studierendenbewegung nach alternativen Abhaltungsorten gesucht. Verallgemeinernd kann konstatiert werden, dass diese drei Punkte – Alternativen erfahren, institutionell-politische Macht vergrößern, Angriff auf kritisierte Strukturen – in dieser Reihenfolge immer weniger in der Studierendenprotestbewegung präsent sind.

Demgegenüber steht die tatsächliche Verlagerung und Schwerpunktsetzung des Protests in die gesellschaftliche Zirkulationssphäre. Neben dem hohen Stellenwert von Medienarbeit und PR von *Unibrennt*, gab es eine Vielzahl von Solidaritätsadressen, ein reges und außerordentlich stark frequentiertes Kulturprogramm mit mediengesellschaftlich etablierten „Stars“ und eine sehr starke Konzentration auf symbolischen Aktionismus, wie etwa das auf Europatour geschickte Banner von *Unibrennt* mit dem Schriftzug „Free Uni“. Sicherlich ist die beschriebene und gesellschaftskritisch anvisierte Praxis immer bereits eingebettet in die mediale Repräsentation der hochschulischen Situation und kann aufgrund ihres parasitären gesellschaftlichen Status nur für kurze Zeit existieren. Es besteht jedoch ein Unterschied, ob sie versucht zur medialen Repräsentation in kritische Distanz zu treten, eigene Widersprüche zu verdeutlichen und zu einer Ressource von Ideologiekritik zu werden, oder aber, ob sie dies nicht tut. Und es besteht ein Unterschied, ob die verfolgte Problembearbeitung durch *Unibrennt* aus individuellen Sachzwängen der Akteure, diese haben ja ein berechtigtes Interesse am Fortgang des Studium, an materieller Absicherung und sozialer Anerkennung abgebrochen wird und sich der kritische Impuls möglicherweise wütend radikalisiert, Zugeständnisse abgerungen werden können oder aber der kritische Impuls verkehrend absorbiert wird. Erst auf Basis beschriebener materieller Performativitätsstrategien, die eine kritische Analyse der gesellschaftlichen Situation, eine Produktion der Bedingungen für diese und ein In-Frage-Stellen der „normalen“ Arbeitsteilung zur gesellschaftlichen Problembearbeitung beinhalten, können adäquate und selbstbestimmte Kommunikationsstrategien entwickelt werden. Der Kontext,

den die Kommunikation mitschaffen muss, um implizite Zensurmechanismen (vgl. Butler 1997/ 2006) in der bürgerlich-kapitalistischen Hegemonie zu durchbrechen, benötigt einen materiellen Anker. Dieser ist notwendig für Strategien diskursiver Performativität, erübrigt sie aber nicht: „Tatsächlich geht die Arbeitsweise performativer Diskurse über die autorisierenden Kontexte hinaus, aus denen sie hervorgehen, und verwirrt sie“ (Butler 1997/ 2006: 248). In der Vereinheitlichung alternativen Handelns und Sprechens läge dann die Möglichkeit tatsächlich „einen Bruch mit der *doxa* sowie den Konventionen [zu] bedeuten, ohne dadurch bedeutungs- und wirkungslos zu werden“ (Kämpf 2006: 233).

Das in diesem Beitrag mithilfe von Konzepten wie antizipierende Durchschnittsbildung und Führungs- bzw. Konsensbasis kapitalistisch-bürgerlicher Hegemonie beschriebene gesellschaftliche Realismusproblem in der Mediengesellschaft führt dazu, dass gesellschaftliche Alternativen einerseits kaum gedacht werden und andererseits wenn gedacht und ausgesprochen, Gefahr laufen marginal zu bleiben und damit zwar toleriert zu werden aber praktisch unwirksam zu sein. Für eine gesellschaftskritische Bewegung ergibt sich die Herausforderung mit dieser Problematik umzugehen. Denn auch wenn die Wahrnehmung politischer Rechte, z.B. gewaltfreie Demonstration, Versammlungs- und Meinungsfreiheit dazu beiträgt die bestehende Ordnung zu legitimieren „indem sie das Vorhandensein demokratischer Freiheiten bezeugt, die in Wirklichkeit jedoch längst ihren Inhalt geändert und ihre Wirksamkeit verloren haben“ (Marcuse 1965/ 1984: 138), bedeutet der Verzicht auf ihre Wahrnehmung Resignation und ist damit keine zufriedenstellende Alternative¹⁰. Daher „bleiben das Vorhandensein und die Ausübung dieser Freiheiten eine Vorbedingung für das Wiederherstellen ihrer ursprünglichen oppositionellen Funktion, vorausgesetzt, daß die Anstrengung, ihre (oft selbstauferlegten) Beschränkungen zu überschreiten, intensiviert wird“ (Marcuse 1965/ 1984: 138). Eine dieser (selbstaufgelegten) Beschränkungen ist die fast vollständige Verlagerung von Protest in die kommunikative Sphäre, sodass die Inhalte der Kommunikation losgelöst werden von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen. Die in diesem Beitrag vorgeschlagene Strategie die materielle Basis des Protests und damit auch die Grundlage kommunikativer Praxen zu stärken, kann als Versuch gelten, die Beschränktheit politischer Freiheiten zu verringern und dadurch die Bedingungen für Gesellschaftskritik zu verbessern.

Öffentliche Aufmerksamkeit, mediale Berichterstattung und Diskurs alleine reichen nicht aus, um gesellschaftliche Veränderung zu bewirken. Wie das Beispiel von *Unibrennt* zeigt, hat die so viel beschworene Debatte über Bildungspolitik, die durch diese Protestbewegung in Gang kam, letztendlich zu keinen Verbesserungen geführt: Zugangsbeschränkungen wurden wieder eingeführt, die Budgetmittel für die Universitäten gekürzt und die Debatte über die erneute Ausweitung von Studiengebühren ist aktuell wie zuvor. Die von uns vorgeschlagene Alternative besteht nicht im Verzicht auf medial vermittelte Kommunikation, sondern vielmehr darin die materielle Grundlage von Kommunikationspolitik durch Strategien wie zum Beispiel die Vergrößerung institutioneller und politischer Macht oder auch durch das erfahrbar machen von Alternativen zu stärken.

¹⁰ Genauso resignativ ist es übrigens, wenn es genügen würde, dass man weiß, dass Protest- und Kommunikationsprozesse zur Aufrechterhaltung des Kapitals beitragen (vgl. Demirovic 2010: 162).

Literatur

- Atton, Chris (2002): *Alternative Media*. London: Sage.
- Atton, Chris (2004): *An Alternative Internet. Radical Media, Politics and Creativity*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Benjamin, Walter (1934/ 2002): *Der Autor als Produzent*. In: Schöttker, Dettlef (Hg.): *Walter Benjamin. Medienästhetische Schriften*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 231-247.
- Benson, Rodney (2003): *Commercialism and Critique: California's Alternative Weeklies*. In: Couldry, Nick/ Curran, James (Hg.): *Contesting Media Power. Alternative Media in a Networked World*. London: Rowman & Littlefield. 111-128.
- Bennett, W. Lance (2003): *New Media Power: The Internet and Global Activism*. In: Couldry, Nick/ Curran, James (Hg.): *Contesting Media Power. Alternative Media in a Networked World*. London: Rowman & Littlefield. 17-38.
- Beywl, Wolfgang/ Brombach, Hartmut (1982): *Kritische Anmerkungen zur Theorie der Alternativpresse*. In: *Publizistik*. 27, 1982. 551-569.
- Brecht, Bertolt (1932/ 2004): *Der Rundfunk als Kommunikationsapparat. Rede über die Funktion des Rundfunks*. In: Pias, Claus/ Vogl, Joseph/ Engell, Lorenz/ Fahle, Oliver/ Neitzel, Britta (Hg.): *Kursbuch Medienkultur*. Stuttgart: DVA. 259-278.
- Butler, Judith (1997/ 2006): *Haß Spricht. Zur Politik des Performativen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Cleaver, Harry (1999): *Computer-linked Social Movements and the Global Threat to Capitalism*. Online: <http://www.eco.utexas.edu/facstaff/Cleaver/polnet.html>.
- Comedia (1984): *The Alternative Press: The Development of Underdevelopment*. *Media, Culture & Society*. 6, 1984. 95-102.
- Curran, James (2003): *Global Journalism: A Case Study of the Internet*. In: Couldry, Nick/ Curran, James (Hg.): *Contesting Media Power: Alternative Media in a Networked World*. London: Rowman & Littlefield. 227-242.
- Couldry, Nick (2003): *Beyond the Hall of Mirrors? Some Theoretical Reflections on the Global Contestation of Media Power*. In: Couldry, Nick/ Curran, James (Hg.): *Contesting Media Power: Alternative Media in a Networked World*. London: Rowman & Littlefield. 39-54.
- De Donk, Wim van/ Loader, Brian D./ Nixon, Paul G./ Rucht, Dieter (2004): *Introduction: Social movements and ICTs*. In: De Donk, Wim van/ Loader, Brian D./ Nixon, Paul G./ Rucht, Dieter (Hg.): *Cyberprotest. New media, Citizens and Social Movements*. New York: Routledge. 1-25.
- De Jong, Wilma/ Shaw, Martin/ Stammers, Neil (2005): *Introduction*. In: De Jong, Wilma/ Shaw, Martin/ Stammers, Neil (Hg.): *Global Activism, Global Media*. London: Pluto. 1- 14.
- Demirović, Alex (2010): *Struktur, Handlung und der Ideale Durchschnitt*. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*. 40, 2010/ 2. 153-176.
- Dorer, Johanna (1992): *Autonome Medien. Medienvielfalt ohne Lobby*. In: *Medien Journal*. 2, 1992. 82-91.
- Downing, John (2001): *Radical media: Rebellious Communication and Social Movements*. Thousand Oaks: Sage.
- Downing, John (2003): *Audiences and Readers of Alternative Media: The Absent Lure of the Virtually Unknown*. In: *Media, Culture & Society*. 25, 2003. 625-645.
- Downing, John (2005): *Activist Media, Civil Society and Social Movements*. In: de Jong, Wilma/ Shaw, Martin/ Stammers, Neil (Hg.): *Global Activism, Global Media*. London: Pluto. 149-164.
- Fuchs, Christian (2009): *A Contribution to Theoretical Foundations of Critical Media and Communication Studies*. In: *Javnost-The Public*. 16, 2009/2. 5-24.
- Enzensberger, Hans Magnus (1970/ 2004): *Baukasten zu einer Theorie der Medien*. In: Pias, Claus/ Vogl, Joseph/ Engell, Lorenz/ Fahle, Oliver/ Neitzel, Britta (Hg.): *Kursbuch Medienkultur*. Stuttgart: DVA. 264-278.
- Fuchs, Christian (2008): *Internet and Society. Social Theory in the Information Age*. London/ New York: Routledge.
- Fuchs, Christian (2010a): *Grounding Critical Communication Studies. An Inquiry into the Communication Theory of Karl Marx*. In: *Journal of Communication Inquiry*. 34, 2010/1. 15-41.
- Fuchs, Christian. (2010b): *Class, Knowledge and New Media*. In: *Media, Culture & Society*. 32, 2010/ 1. 141-150
- Garnham, Nicholas (2004). *Class Analysis and The Information Society as Mode of Production*. In: *Javnost-The Public*. 11, 2004/ 3. 93-104.
- Gitlin, Todd (1972/ 2003): *The Whole World Is Watching. Mass Media in the Making & Unmaking of The New Left*. Berkeley/ Los Angeles/ London: University of California Press.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): *Gefängnishefte*. Herausgegeben von Klaus Bochmann und Wolfgang Fritz Haug. 10 Bände. Hamburg: Argument.
- Gumucio Dagron, Alfonso (2004): *The Long and Winding Road of Alternative Media*. In: Downing, John/ McQuail, Denis/ Schlesinger, Philip/ Wartella, Ellen (Hg.): *The SAGE Handbook of Media Studies*. Thousand Oaks: Sage. 41-63.
- Haug, Frigga (1994): *Arbeitsteilung*. In: Haug, Wolfgang Fritz/ Jehle, Peter/ Haug, Frigga (Hg.): *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus*. Band 1. Hamburg: Argument. 565-582.
- Haug, Wolfgang Fritz (1974/ 2005): *Vorlesungen zur Einführung ins ‚Kapital‘*. Hamburg: Argument.
- Haug, Wolfgang Fritz (2007): *Zur Dialektik des Antikapitalismus*. In: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*. 49, 2007/1. 11-34.
- Herman, Edward S./ Chomsky, Noam (1988/ 2002): *Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media*. New York: Pantheon.

- Horkheimer, Max/ Adorno, Theodor W. (1944/ 2009): *Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente*. Frankfurt am Main: S. Fischer. 128-176.
- Hyde, Gene (2002): *Independent Media Centers: Cyber-Subversion and the Alternative Press*. In: *First Monday*. 7, 2002/ 4. Online: http://www.firstmonday.org/Issues/issue7_4/hyde/index.html.
- Kämpf, Heike (2006): *Implizite Zensur und Politische Öffentlichkeit*. In: Heil, Reinhard/ Hetzel, Andreas (Hg.): *Die Unendliche Aufgabe. Kritik und Perspektiven der Demokratietheorie*. Bielefeld: Transcript. 225-236.
- Kiefer, Marie-Luise (1999): *Privatisierung und Kommerzialisierung der Medienwirtschaft als Zeitgeschichtlicher Prozess*. In: Wilke, Jürgen (Hg.): *Massenmedien und Zeitgeschichte*. Konstanz: UVK. 705-717.
- Knoche, Manfred (2001): *Kapitalisierung der Medienindustrie aus Politökonomischer Perspektive*. In: *Medien & Kommunikationswissenschaft*. 49, 2/ 2001. 177-194.
- Knoche, Manfred (2003): *Freie Radios - Frei von Staat, Markt und Kapital(ismus)? Zur Widersprüchlichkeit Alternativer Medien und Ökonomie*. In: *Medien Journal*. 27, 4/ 2003. 4-19.
- Knoche, Manfred (2005): *Medienkonzentration als Macht- und Legitimationsproblem für Politik und Wissenschaft. Kritisch-empirische Konzentrationstheorie versus Apologetisch-normative Wettbewerbstheorie*. In: Ahrweiler, Petra/ Thomaß, Barbara (Hg.): *Internationale Partizipatorische Kommunikationspolitik. Struktur und Visionen. Festschrift zum 60. Geburtstag von Hans J. Kleinsteuber*. Münster/ Berlin/ Hamburg/ London/ Wien: Lit. 117-140.
- Knoche, Manfred (2007): *Medienkonzentration*. In: Thomaß, Barbara (Hg.): *Mediensysteme im Internationalen Vergleich*. Konstanz: UVK. 122-144.
- Koopmanns, Ruud (2004): *Movements and Media: Selection Processes and Evolutionary Dynamics in the Public Sphere*. In: *Theory and Society*. 33, 2004. 367-391.
- Leidinger, Christine (2003): *Medien – Herrschaft – Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge Transnationaler Konzentrationsprozesse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Link, Jürgen (1997): *Versuch über den Normalismus. Wie Normalität Produziert wird*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marcuse, Herbert (1965/ 1984): *Repressive Toleranz*. In: *Herbert Marcuse Schriften: Aufsätze und Vorlesungen 1948-1969*. Frankfurt am Main: Suhrkamp. 136-166.
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich (MEW): *Werke*. Berlin: Dietz.
- Müller, Jost (2003): *Theorie und Kritik der Ideologie. Vom Spätkapitalismus zur Postmoderne*. In: Demirović, Alex (Hg.): *Modelle Kritischer Gesellschaftstheorie. Traditionen und Perspektiven der Kritischen Theorie*. Stuttgart/ Weimar: J. B. Metzler. 290-311.
- Negt, Oskar/ Kluge, Alexander (1972): *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von Bürgerlicher und Proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Prokop, Dieter (2004): *Gegen Medien-Lügen. Das Neue Lexikon der Kulturindustrie*. Hamburg: Vsa.
- Raschke, Joachim (1985): *Soziale Bewegungen. Ein Historisch-systematischer Grundriß*. Frankfurt am Main: Campus.
- Rehmann, Jan/ Wagner, Thomas (2009): *Sloterdijks Weg vom Zynismus-Kritiker zum Herrschaftszyniker*. In: *Das Argument. Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften*. 51, 2009/1,2. 116-130.
- Ritsert, Jürgen (1998): *Realabstraktion. Ein zu recht abgewertetes Thema der kritischen Theorie?* In: Görg, Christoph/ Roth, Roland (Hg.): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot. 324-344.
- Rucht, Dieter (2004): *The quadruple 'A'. Media Strategies or Protest Movements since the 1960s*. In: De Donk, Wim van/ Loader, Brian D./ Nixon, Paul G./ Rucht, Dieter (Hg.): *Cyberprotest. New media, Citizens and Social Movements*. New York: Routledge. 29-56.
- Sandoval, Marisol (2009): *A Critical Contribution to the Foundations of Alternative Media Studies*. In: *Kurgu-Online. International Journal of Communication Studies*. 1, 2009. Online: <http://www.kurgu.anadolu.edu.tr/dosyalar/6.pdf>.
- Sandoval, Marisol/ Fuchs, Christian (2010): *Towards a Critical Theory of Alternative Media*. In: *Telematics and Informatics*. 27, 2010/ 2. 141-150.
- Spudich, Helmut (2009): *Was Unternehmen von #Unibrennt Lernen Können*. In: *Der Standard*. 24.11.2009. Online: <http://derstandard.at/1256745513390/Was-Unternehmen-von-unibrennt-lernen-koennen>.
- Unibrennt Salzburg (2009): *Grundsätze & Forderungen*. Online: <http://www.unibrennt-salzburg.org/grundsätze-forderungen>.
- Vegh, Sandor (2003): *Classifying Form of Online Activism: The Case of Cyberprotest against the World Bank*. In: McCaughey, Matha/ Ayers, Michael D. (Hg.): *Cyberactivism. Online Activism in Theory and Practice*. New York: Routledge. 71-96.
- Waltz, Mitzi (2005): *Alternative and Activist Media*. Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Wolf, Dieter (2007): *Der Warenfetisch und der Gegensatz von Natur und Geist*. Online: <http://www.dieterwolf.net/pdf/WarenfetischNaturGeist.pdf>.
- Wright, Steve (2004): *Informing, Communicating and ICTs in Contemporary Anti-capitalist Movements*. In: De Donk, Wim van/ Loader, Brian D. /Nixon, Paul G./ Rucht, Dieter (Hg.): *Cyberprotest. New Media, Citizens and Social Movements*. New York: Routledge. 77-93.